

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion SPD und CDU

Vorlagen Nr.:
A/3/0007

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	23.09.2019
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung	Vorberatung	08.11.2021
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	13.12.2021

Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und CDU: "Ein Kreisgebiet, ein Erholungsgebiet"

Beschlussvorschlag:

- I. Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt fest, dass die bisherige Regelung im Paragraph 11 KAG M-V
Kur- und Fremdenverkehrsabgaben weder zeitgemäß noch praktikabel ist.
- II. Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung auf, das KAG M-V dahingehend zu verändern und anzupassen, dass
 - a. unseren Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit gegeben ist, die Infrastruktur und Natur der Städte und Gemeinden des Landkreises ohne Erwerb einer Kurkarte zu nutzen.
 - b. praktikable Lösungen festzuschreiben, die es den Kommunen ermöglicht, innovative Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Erhebung von touristischen Abgaben festlegen zu können.
 - c. zusammen mit den Kommunalen Verbänden zu prüfen, ob durch eine neue Form von Abgaben, festgelegt in einer entsprechenden Regelung, die bisherige antiquierte Kurabgabe zur Finanzierung touristischer Infrastruktur und Leistungen ersetzt werden kann.
- III. Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung dazu auf, im gemeinsamen Dialog mit allen Beteiligten auf der Insel Rügen eine Modellregion auszuloben, um neue Wege der Finanzierung in einem einheitlichen Erhebungsgebiet zu erproben.

Begründung:

Derzeit ist - insbesondere auf der Insel Rügen - eine große Unzufriedenheit mit den Regelungen für die Erhebung der Kurtaxen in den einzelnen Bädern festzustellen.¹ Es kann nicht sein, dass Einwohnerinnen und Einwohner aus den Nachbarorten eine Tageskurkarte erwerben müssen, weil sie am Strand des jeweiligen Nachbarortes angetroffen werden.

Hinzu kommt, dass einige Ostseebäder bei der Kontrolle der Kurkarten kulanter sind als andere.² Es darf nicht sein, dass hier eine Ungleichbehandlung stattfindet, die zu Lasten der Gemeinden geht, die gute, nachbarschaftliche Beziehungen pflegen möchten.

Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger ist eine faire, gerechte und für alle tragbare Lösung zu finden.

gez. Kristine Kasten
Fraktionsvorsitzende
Kreistagsfraktion SPD

gez. Andreas Kuhn
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU

1 Vgl.: Z.B.: Ostseezeitung vom 14., 21, und 28.08.2019.

2 Vgl.: „Kurkarten-Chaos stört Inselfrieden“. In: Ostseezeitung vom 14.08.2019.